1 Petition zur Sicherung studentischer Mobilität im Freistaat Sachsen

2

3 Studentische Mobilität wird an vielen sächsischen Hochschulen durch Semestertickets
sichergestellt. Diese tragen auf erheblich zur Attraktivität der Hochschulen für
Studieninteressenten bei.

4

5 Schon in den frühen 1990er Jahren befassten sich die Studierendenräte (StuRä) mit der
studentischen Mobilität, da ihnen diese Aufgabe durch das sächsische Hochschulgesetz übertragen
wurde. So wurde bereits im Sommersemester 1993 an der TU Dresden ein Semesterticket für die ÖPNV-
Linien der Dresdner Verkehrsbetriebe angeboten. (3) Seitdem haben die StuRä an ihren jeweiligen
Standorten zwar unterschiedliche, jedoch sehr erfolgreiche Konzepte entwickelt, um studentische
Mobilität zu sozialverträglichen Preisen zu ermöglichen. Dies ließ sich nur dadurch
verwirklichen, dass die legitimierten Studierendenvertretungen die Interessen ihrer Studierenden
direkt wahrnehmen konnten.

6

7 Die derzeit existierenden Ticketmodelle sind auf Basis von positiven Umfrageergebnissen unter den
Studierenden eingeführt worden (10, 11, 12) und erfreuen sich zunehmender Beliebtheit (13, 14).
Die Organisation und das Angebot des Semestertickets liegen seit über 20 Jahren bei den
verfassten Studierendenschaften. Dies ist ein eindeutiges Zeichen für die hohe Kontinuität des
Angebots, welche nicht gefährdet werden sollte.

8

9 Durch die Einführung der Austrittsoption aus der Verfassten Studierendenschaft wurde die bis
dahin vorhandene Solidargemeinschaft der Studierenden aufgeweicht und es wurde für einzelne
Studierende möglich den Beitrag zu den solidarisch finanzierten Semestertickets zu verweigern.
Durch diese Gesetzesänderung wurden die Verhandlungsspielräume für einen Abschluss mit den
Verkehrsbetrieben stark eingeschränkt, denn ohne Solidargemeinschaft ist für die Studierenden in
Sachsen kein adäquates Ticketangebot möglich oder die Verkehrsbetriebe verlangen horrend
Risikoaufschläge. (1, 2)

10

11 Auch wenn die verfassten Studierendenschaften im Laufe der Jahre und durch die individuellen
Ticketkonzepte ein gutes Verhältnis zu ihren Studierendenwerken aktiv gelebt haben, lag die
Vertragshoheit zu jeder Zeit bei den verfassten Studierendenschaften selbst. Auch sprechen sich
diverse Rechtsgutachten und Urteile des Bundesverfassungsgerichts (6) sowie des
Bundesverwaltungsgerichts (7) explizit für den Erhalt dieser Kompetenz bei den verfassten
Studierendenschaften aus. Schlussendlich wurde dies auch so im Sächsischen
Hochschulfreiheitsgesetz
verankert.(8)

12

13

14 Ein Übergang der Tickets auf die Studierendenwerke würde sich erheblich zum Nachteil der
Studierenden auswirken. So können die Studierendenwerke, im Gegensatz zu den verfassten
Studierendenschaften, nicht an jedem Standort auf Erfahrungen erfolgreicher Verhandlungen mit
Verkehrsbetrieben der vergangenen 20 Jahren zurückblicken. Weiterhin fehlt ihnen die personelle
Ausstattung, die Tickets in ihrem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. So verhandelt der StuRa
der TU Chemnitz mit drei Verkehrsverbänden sowie der DB Regio, um ein möglichst breit gefächertes
Ticket für seine Studierenden anbieten zu können. Dies fördert nicht nur die studentische
Mobilität in den Wissenschaftsregionen, sondern stärkt auch regionale Wirtschaft, da so auch
Fahrten in der Freizeit in viele Gebiete Sachsens durchgeführt werden können.

15

16

Die Semestertickets der verfassten Studierendenschaft sichern nicht nur die Mobilität von
Studierenden, sondern sind auch ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. So wurden von den sächsischen
Verkehrsverbänden und der DB Regio im vergangenen Jahr Umsätze von ca. 20 Millionen Euro durch
die Semestertickets erzielt. Mit dieser wirtschaftlichen Leistung können die Verkehrsverbände
stabil rechnen, da Sachsen auch weiterhin ein attraktives Bundesland für Studierende darstellen
wird.

17

18

Um die Mobilität der sächsischen Studierenden dauerhaft zu sichern und eine gute Grundlage für
ihre Weiterentwicklung zu legen, fordern wir den Sächsischen Landtag auf die Paragraphen 24 und 29
des sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes in ihrem Wortlaut von vor der Gesetzesnovelle von 2012
wie folgt wiederherzustellen:

19

20

§ 24

21

Rechtsstellung, Aufgaben und Mitwirkung der Studentenschaft

22

23

(1) Die Studentenschaft besteht aus den Studenten der Hochschule. Sie ist eine rechtsfähige
Teilkörperschaft der Hochschule und hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze.

24

25

(2) Die Studentenschaft wirkt an der Selbstverwaltung der Hochschule nach Maßgabe dieses Gesetzes
und der Grundordnung der Hochschule mit. Sie untersteht der Rechtsaufsicht der Hochschule. Für
Maßnahmen der Aufsicht gilt § 7 Abs. 1 bis 3 entsprechend.

26

27

(3) Die Aufgaben der Studentenschaft sind die

28

1. Wahrnehmung der hochschulinternen, hochschulpolitischen, sozialen und kulturellen Belange der
Studenten,

29

2. Mitwirkung an Evaluations- und Bewertungsverfahren gemäß § 9 Abs. 2 und 3,

- 30 3. Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Selbsthilfe der Studenten,
31 4. Unterstützung der Studenten im Studium,
32 5. Förderung des Studentensports unbeschadet der Zuständigkeit der Hochschule,
33 6. Pflege der regionalen, überregionalen und internationalen Studentenbeziehungen und die
Förderung der studentischen Mobilität,
34 7. Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der
Studenten.

35 § 29
36 Finanzwesen der Studentenschaft
37
38

39 (1) Die Studenten sind verpflichtet, für die Erfüllung der Aufgaben der Studentenschaft und der
Fachschaften Beiträge zu entrichten. Diese sind für alle Studenten einer Hochschule in gleicher
Höhe festzusetzen. Zweckgebundene Beitragsanteile können standortbezogen zusätzlich erhoben
werden. Die Beiträge sind auf das Maß zu beschränken, das nach den Grundsätzen einer sparsamen
Haushaltsführung zur Erfüllung der Aufgaben nach § 24 Abs. 3 erforderlich ist und die sozialen
Verhältnisse der Studenten angemessen berücksichtigt. Die Beiträge werden bei der Immatrikulation
oder Rückmeldung fällig. Die für die Hochschule zuständige Kasse zieht die Beiträge entgeltfrei
ein. Das Nähere regelt der Studentenrat durch Ordnung, die der Genehmigung des Rektorates bedarf.

40
41 (2) Die Hochschule unterstützt den Studentenrat bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben. Sie stellt
angemessene Verwaltungsräume unentgeltlich zur Verfügung. Die Sachaufwendungen trägt der
Studentenrat selbst. Auf Anforderung ordnet die Hochschule einen Verwaltungsmitarbeiter zur
Erledigung der Verwaltungsaufgaben an den Studentenrat ab. Die Personalkosten sind der Hochschule
von der Studentenschaft zu erstatten.

42
43 (3) Der Studentenrat stellt jährlich einen Haushaltsplan auf, der die für die Erfüllung der
Aufgaben nach § 24 Abs. 3 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben enthält. Die Bewirtschaftung der
Mittel regelt er durch Ordnung. Der Studentenrat hat den Fachschaftsräten die zur Erfüllung ihrer
Aufgaben nach § 25 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 notwendigen Mittel zuzuweisen. Er
bestimmt einen Verantwortlichen für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes. Die
Entlastung des Verantwortlichen erfolgt durch den Studentenrat aufgrund des Berichtes der
Innenrevision der Hochschule. Der Haushaltsplan wird dem Rektorat vor Beginn des Haushaltsjahres
vorgelegt.

44
45 (4) Die Jahresrechnung der Studentenschaft ist durch die Innenrevision der Hochschule zu prüfen.
Das Nähere regelt die Hochschule durch Ordnung.

46
47 (5) Verstößt die Studentenschaft in ihrer Haushaltsführung schwerwiegend gegen die Ordnung nach
Absatz 4 Satz 2 oder die Sächsische Haushaltsordnung, erlässt das Rektorat eine Verfügungssperre
über die finanziellen Mittel der Studentenschaft. In begründeten Fällen kann es auf Antrag die
jeweils erforderlichen Mittel zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben freigeben. Die Verfügungssperre
tritt mit dem Ende der Amtszeit des Studentenrates außer Kraft.